

Chronik des Tages.

— Auf Wunsch der Reparationskommission wird die Reichsregierung ihre Vorschläge für die Stabilisierung der Mark vorlegen.

— Das Kernstück der deutschen Vorschläge ist die Forderung nach einer Auslandsanleihe in einer Höhe von 500 Millionen Goldmark.

— Der englische Delegierte in der Reparationskommission, Bradbury, hat in einer Unterredung mit einem Vertreter der Regierung „drastische Maßnahmen“ zur Festigung der Mark als notwendig bezeichnet.

— Die Verabredung der Postgebühren tritt bereits am 15. November in Kraft.

— Die nächste Reichstags Sitzung findet nicht am 7. November statt, sondern voraussichtlich erst am 13. oder 14. November.

— Im Reichsministerium des Innern sind die Verhandlungen zwischen Hamburg und Preußen wieder aufgenommen worden.

— Der bayerische Ministerpräsident Graf Dethlefsen hat an den bayerischen Landtag ein Schreiben geschickt, in dem er seine Absicht zurückzutreten bekannt gibt und begründet. Der Landtag ist damit vollzogen.

— Der Dollor hatte am Freitag an der Berliner Börse eine neue Rekordhöhe aufzuweisen (amtlich 6159).

Von Woche zu Woche.

Hauptbemerkungen zur Zeitgeschichte.

Die Reparationsfrage ist wieder einmal in vollem Umfang aufgebrochen. Der Schwerpunkt der Verhandlungen liegt diesmal in Berlin, wo Reparationskommission und Reichsregierung, in- und ausländische Finanzfachverständige, Parteien und Gewerkschaften aus Mitteln zur Stützung der Markwährung suchen. Die Lage ist ungeheuer ernst. Die Not des Volkes wächst mit jedem Tage. Der Dollor, der vor wenigen Tagen zwischen 4000 und 4500 hin und herpendelte, ist plötzlich auf über 6000 emporgeschossen, und die Mark sinkt immer mehr ins Bodenlose. Jeder vernünftige Mensch sagt sich, daß zur Rettung der Mark unbedingt etwas geschehen muß, wenn wir nicht binnen kurzer Zeit eine Katastrophe erleben sollen. Im Vergleich zu der das Schicksal des österreichischen Ruvervolkes noch ruhig zu nennen ist.

Wie ernst die Lage auf der Gegenseite eingeschätzt wird, das beweist der Entschluß der Reparationskommission, an Ort und Stelle mit der Reichsregierung über die notwendigen Schritte zu beraten. Die Reichsregierung hat den Vertretern der alliierten Staaten bereitwillig alle von ihnen gewünschten Aufklärungen über Deutschlands Wirtschaft und Finanzlage auch in den kleinsten Einzelheiten gegeben. Sie hat auch gegen den Wunsch der Reparationskommission entsprochen, ihr Vorschläge zur Stabilisierung der Mark zu machen.

Die erste Voraussetzung für eine Gesundung der deutschen Wirtschaft wäre die Gewährung einer großen äußeren Anleihe in Goldmark. Ohne äußere Anleihe — zu dieser Erkenntnis dürfte die Reparationskommission während ihres Aufenthaltes in Berlin sicherlich auch schon gekommen sein — sind alle inneren Maßnahmen gegen die Währungsnotlage und zur Behebung unserer Not auf die Dauer unzulänglich, vergebens.

Ebenso wichtig, ja vielleicht noch wichtiger als die Auslandsanleihe wäre eine Milderung der Reparationslasten, die Deutschland durch den Versailler Vertrag und das Londoner Ultimatum auferlegt worden sind. Die trostlose Lage Deutschlands wie auch die Wirtschaftskrisen in den Ententeländern sind ja nur eine Folge der unfinnigen Gewaltpolitik von Versailles und London. Nur durch einen Verzicht auf überspannte Reparationsleistungen und durch eine internationale Anleihe kann das Fortschreiten der Markentwertung erfolgreich verhindert werden.

Was Deutschland vorschlägt.

500 Millionen Goldmark Anleihe zur Stützung der Mark.

In den Berliner Verhandlungen mit der Reparationskommission wird man nunmehr aus dem Stadium der einleitenden Besprechungen in die Erörterung konkreter Vorschläge eintreten. Auf Wunsch der Alliierten wird Reichsfinanzminister Frenes einen schriftlich formulierten Vorschlag über die drei Hauptfragen vorlegen, und zwar:

1. über die Maßnahmen zur Stabilisierung der Mark,
 2. über die Behebung der schwebenden Schuld und
 3. über den Ausgleich des deutschen Etats.
- Diese Vorschläge sollen die Grundlage zur Fortsetzung der Aussprache mit den Mitgliedern der Reparationskommission bilden.

Im Mittelpunkt der deutschen Vorschläge steht die Forderung nach einer äußeren Anleihe für Deutschland, die ausschließlich für die Stabilisierung der Mark verwendet werden soll. Die Reparationskommission wird ersucht, die Auslegung dieser Anleihe auf den internationalen Geldmärkten zu gestalten und zu ermöglichen. Die Anleihe ist in einer Höhe von 500 Millionen Goldmark gedacht.

Ob Deutschland jetzt ein mehrjähriges Moratorium beantragen wird, ist noch nicht ganz klar, es steht aber andererseits außer Frage, daß eine Auslandsanleihe unmöglich wäre ohne eine Befreiung Deutschlands von Barzahlungsverpflichtungen für einen längeren Zeitraum, ohne eine Verringerung der Sachleistungen auf das für den Wideraufbau Norddeutschlands unbedingt notwendige Maß und ohne eine wesentliche Herabsetzung der Besatzungskosten.

„Geteilte Verantwortlichkeit.“

Bradbury für „drastische Maßnahmen.“

Der englische Vertreter in der Wiederherstellungsausschuss Bradbury hat in einem Gespräch mit dem Berliner Vertreter der „Chicago Tribune“ erklärt, daß

Deutschland auf eine internationale Anleihe nicht rechnen dürfe, so lange die Mark nicht stabilisiert wäre. Das wäre aber heute eine sehr schwierige Sache. Die Atmosphäre bei den gegenwärtigen Berliner Verhandlungen bezeichnete Bradbury als nicht unähnlich Deutschland konnte

denselben Weg wie Oesterreich

gehen, falls es dem Wiederherstellungsausschuss nicht gelänge, die Ausleihemittel zu finden, durch die eine Stabilisierung der Mark sowie eine Ausgleichung des deutschen Budgets angebahnt werden könnten. Heute ließe die Parität 1:6000 und Deutschland borge täglich 4 Milliarden Mark von der Reichsbank. Bradbury fuhr wörtlich fort:

„Wir haben in Berlin gefunden, daß der Kaiser und der Finanzminister bereit sind, alle Anstrengungen zu machen, um dem Wiederherstellungsausschuss einen Einblick in die wirkliche Lage Deutschlands zu geben. Wir brauchen diesen Einblick sehr dringend, da es mit ihm allein nicht das deutsche Budget nur durch drastische Maßnahmen wieder ins Gleichgewicht gebracht werden. Diese Maßnahmen wollen wir finden und die Verantwortung für sie zwischen dem Wiederherstellungsausschuss und der deutschen Regierung teilen.“

Im eine Lösung des schwierigen Problems zu erleichtern, hält Bradbury es jedoch unbedingt für notwendig, daß der Wiederherstellungsausschuss seinen ständigen Sitz in Berlin nehme, da er dann viel wirksamer mit der deutschen Regierung zusammenarbeiten könne.

Milliardendefizit der Post.

Portoberdoppelung schon am 15. November.

Der Reichsrat hat die vom Verkehrsminister vorgeschlagene Erhöhung der Postgebühren genehmigt, und zwar sollen die Erhöhungen nicht, wie ursprünglich geplant, erst am 1. Dezember, sondern schon am 15. November in Kraft treten. Weitere wesentliche Erhöhungen der Gebühren stehen bevor.

Der Reichsrat hat sich zu dieser vorzeitigen Erhöhung der Gebühren entschließen müssen, um einem weiteren Anschwellen des Milliardendefizits bei der Post vorzubeugen. Schon heute, so führte der Berichterstatter der Reichsratsausschüsse aus, sieht sich die Postverwaltung trotz aller Erhöhungen der Gebühren wieder einem Fehlbetrag von 60 Milliarden infolge Steigerung der Ausgaben gegenüber. Eine Erhöhung der Gebühren sei daher nicht zu umgehen. Man habe zur Vermeidung gegriffen, so daß ein Brief im Fernverkehr 12 Mark, die Postkarte 6 Mark kosten sollen. Die Fernspreckgebühren werden verdoppelt. Das telegraphierte Wort soll nunmehr 10 Mark kosten. Bei den Zeitungsgeldern ist im Hinblick auf die große Not der Presse von einer Erhöhung abgesehen, aber die Post will sich dadurch schadlos halten, daß das Zeitungsbefreiungsgeld wieder eingeführt werden soll.

Reichsminister Giesberts betonte, daß die letzten Beschlüsse auf Erhöhung der Beamtenegehälter in diese Kalkulation noch gar nicht einbezogen waren. Zu den erwähnten 60 Milliarden Defizit kämen etwa weitere 100 Milliarden, so daß sich das Endergebnis noch gar nicht errechnen ließe.

Der Briefverkehr geht enorm zurück

und werde sicher weiter zurückgehen, der Fernpostverkehr aber nehme zu. Die Post sei sich klar darüber, daß die abermaligen Erhöhungen der deutschen Wirtschaft den Kampf um das Dasein weiter erschweren müssen, aber sie befände sich in einer Notlage.

Der Minister ersuchte die Vertreter der einzelnen Länder, schon jetzt ihre Regierungen auf die wesentlichen weitere Erhöhungen vorzubereiten. Zu bedenken gibt Anlaß, so bemerkte der Minister weiter, daß mit der Erhöhung der Postgebühren soziale und kulturelle Interessen getroffen werden. Die notwendig werdenden Gebühren werden bezahlt sein, daß sie zum Zusammenbruch großer Organisations-, besonders der sozialen und Wohltätigkeitsorganisationen, führen müssen. Darum werden wir überlegen müssen, ob künftig die Forderung der rein wirtschaftlichen Bilanzierung des Etats aufrechtzuerhalten ist oder nicht.

Der Postauswuchs des Reichstags hat am Freitag den neuen Erhöhungen der Postgebühren zugestimmt. Reichsminister Giesberts erklärte mit, ein Teil des Fehlbetrages sei durch Vereinfachungsmaßnahmen im Personal und im Betriebswesen ausgeglichen worden. So war es möglich, durch Verringerung des Beamtensubsidiums eine Kürzung der Ausgaben um drei Milliarden Mark zu erzielen. Auch seien bereits 16 000 Hilfskräfte entlassen worden. Die Aussicht auf eine weitere Minusausgabe eröffne sich durch die im Gange befindliche Abgabe von entbehrlichen Beamten verschiedener Besoldungsgruppen an andere Verwaltungen.

Politische Rundschau.

— Berlin, 4. November 1923.

Beim Reichstagsabend fand aus Anlaß der Anwesenheit der ausländischen Botschafter ein Bierabend statt.

Der neue deutsche Botschafter in Ausland, Graf Brodorski-Raupach, ist in Moskau angekommen.

Der Geschäftsrat der Preussischen Oberrechnungskammer und des Rechnungswesens des Deutschen Reiches in Potsdam, Geheimrat v. Holz, tritt in den Ruhestand. In seine Stelle tritt der frühere preussische Finanzminister Schmidt.

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat die gegen die Auflösung der Zugsobereinsicht der Knappenshaft in Kassel eingelegte Beschwerde verworfen.

Die Zurückziehung der Interalliierten Militärkontrollkommission. Die Meldung von einer Einigung der alliierten Beobachtungsorgane der Entente in Deutschland wird jetzt amtlich bestätigt. Wie von zuständiger Seite berichtet wird, sind die Regierungen von Frankreich, England, Italien, Belgien und

Japan auf ihren der Reichsregierung im April d. J. gemachten Vorschlag zurückgekommen, die gegenwärtigen zur Überwachung der besetzten militärischen Besatzungen des Vertrages von Versailles bestehenden Interalliierten Militärkontrollkommission zurückzuziehen und durch ein bedeutend weniger zahlreiches militärisches Garantiekomitee zu ersetzen, dessen Kosten die genannten Regierungen zu tragen hätten. Vorbereitungen für die Zurückziehung dieses Vorschlages ist, daß die endgültige Durchsicht mehrerer die Entwaffnung Deutschlands betreffenden Fragen sichergestellt ist. Die Reichsregierung hat sich bereit erklärt, über diesen Vorschlag in Verhandlungen einzutreten unter der Voraussetzung, daß durch diese Verhandlungen die Befreiung der Besatzung Deutschlands auf die im Friedensvertrag dem Vertrag des Völkerbundes eingeräumten Befugnissen vor

Der Kaiserliche Brauflund. Der „Nachwuchs“ dieser Tage berichtet, der ehemalige Kaiser habe seiner zukünftigen Gattin einen Brautgold in Höhe von 800 Millionen Mark anfertigen lassen. Von anderer Seite wurde hiergegen erklärt, daß es sich nicht um ein neues, sondern um ein bereits im Besitz des ehemaligen Monarchen befindliches Schmuckstück handle, das allerdings eine Fassung erhalte und zu diesem Zwecke bei Berliner Juwelieren in Arbeit genommen sei. Wie weiter verlautet, soll es sich um die sogenannten „schleisschen Diamanten“ handeln. Das ist ein muntervoller Brillantenschmuck, den die verstorbenen Kaiserin von der Provinz Schlesien und den schlesischen Ständen, also dem reichen schlesischen Adel, zu ihrer Hochzeit mit dem damaligen Prinzen von Preußen erhalten hatte. Diesen Schmuck hat der Kaiser jetzt als Hochzeitsgeschenk für seine Braut bestimmt. Der sozialdemokratische Parteivorstand des Reiches hat diese Angelegenheit zum Gegenstand einer Anfrage im Reichstag gemacht, und zwar erfindet er sich danach, ob die zuständige Regierungsstelle die Genehmigung zur Ausfuhr dieses Reichsbesitzes erteilt hat und ob in diesem Falle die Hinterlegung einer entsprechenden Kaution verlangt worden ist. Ferner fragt er, ob die Reichsregierung, wenn um die Ausfuhr genehmigung nicht ersucht wurde, Auskunft über den Verbleib des Schmuckstückes erteilen kann und welche strafrechtlichen Maßnahmen die Regierung zu ergreifen gedenke, wenn dieses große Wertobjekt ohne Ausfuhrerlaubnis über die Grenzen des Reiches gebracht würde.

Die tschechoslowakischen deutschen Wirtschaftshandlungen in Dresden, welche am 30. Oktober begannen, schreiten rasch vorwärts und hatten bisher einen für beide Teile befriedigenden Verlauf. Es wurde die Frage der Währungsverhältnisse der deutschen Kreditversicherungsanstalten, die in der tschechoslowakischen Republik betreiben, eingehend durchberaten. Die Beratung wird wahrscheinlich in den nächsten Tagen geschlossen werden.

Mandatverringering im braunschweigischen Parlament. Dem braunschweigischen Landtag ist ein Initiativantrag Hampe (bürgerl. Vereinigung) zur Änderung der braunschweigischen Verfassung vorgelegen. Danach soll die Landesversammlung künftig nur aus 36 Abgeordneten bestehen. Ein Antrag Müller (D. Pkt.) fordert die Herabsetzung der Zahl der Abgeordneten von 60 auf 40.

Vor der Entscheidung in Sachsen. Am 5. November finden die Neuwahlen zum sächsischen Landtag statt. Bisher waren Bürgerliche und Sozialisten fast gleich stark (47:49) vertreten. 20 Deutschnationalen, 18 Deutschen Volksparteier, 3 Demokraten und 1 Zentrumsgewordener fanden 27 Sozialdemokraten, 13 Rechtsunabhängige und 9 Kommunisten gegenüber. Die Kommunisten bildeten das Ärgernis der der Lage. Sie haben auch den Ausschlag gegeben, als über das Volksbegehren über die Auflösung des Landtags abgestimmt wurde. Der Wahlkampf wird von bürgerlicher Seite von sozialistischer Seite mit großer Energie geführt.

Rundschau im Auslande.

Bei den Gemeindefällen in Belgien und Flandern im früheren österreichischen Teile von Schlesien wurde eine starke deutsche Mehrheit gewählt. Aber um das Gebiet irrt sich vor dem Obersten Rat Polen und Tschechen.

Die österreichische Regierung will auf Grund einer Vereinbarung mit dem Völkerbund insgesamt 100 000 Beamten des Staates entlassen. Oesterreich hat gegenwärtig insgesamt 250 000 Staatsbeamte bei einer Bevölkerung von sechs Millionen Menschen.

Der Ministerrat im Haag hat beschlossen, die tschechische Arbeitszeit für die Post-, Telegraphen- und Telephonanstalten um anderhalb Stunden zu verlängern.

Polen hat die Einreise der Mitglieder des russischen Roten Kreuzes nach Warschau gestattet.

Bei den englischen Gemeindefällen hat die Arbeiterpartei in den Londoner Kreisen allein 200 Sitze verloren.

In Washington hat die Gemischte Kommission zur Regelung der deutsch-amerikanischen Ansprüche ihre Geschäftsabteilung abgegeben.

Italien: Mussolinis „Geistesfeier“. Der Ministerrat hat auf Mussolinis Vorschlag beschlossen, am 4. November ein Geistesfest zu geben. An ihm sollen der König und alle hohen Staatsbeamten an den höchsten Feiern teilnehmen. Sämtliche Mitglieder der Regierung werden alsdann in geschlossenem Zuge sich vor dem Nationaldenkmal begeben, um dort eine Hymne zu singen, die Mussolini angedichtet, daß alle Glorien Italiens zur Erinnerung an den Sieg eine halbe Stunde lauten sollen.

Griechenland: Exzibit Konstantin vor dem Kriegsgericht.

Der frühere König Konstantin, der für den Zusammenbruch in Kleinasien verantwortlich gemacht wird, ist verurteilt worden, von dem Untersuchungsamt zu erlassen, widrigenfalls er mit der ersten Gruppe der angeklagten Minister vom Kriegsgericht in Athen verurteilt werden soll.

Soziales.

Einigung im Bankgewerbe. Der Kartellvertrag im Bankgewerbe wurde durch eine Vereinbarung zum Abschluß gebracht, die für den Monat Oktober eine Verdoppelung der Scheckstrichsätze vom 12. Oktober vor

April d... gegenwärtig... Bestehen... in der... vor...

Die neuen Beiträge sind sofort auszusprechen. Das vorläufige, am 15. fällige Novembergehalt wird...

Volkswirtschaft.

Unabhängiger Stoff für die deutsche Landwirtschaft. Zwischen der Regierung, der Landwirtschaft und dem...

3 Prozentige Erhöhung der Maßpreise. In der Wochensitzung des Reichsrates wurde der Antrag des Deutschen...

Der Dollar bis 6500.

Die Berliner Börse ist in den letzten Tagen wieder von einem...

Die Berliner Börse ist in den letzten Tagen wieder von einem...

Auch auf dem Effektenmarkt war ein überaus lebhaftes...

In der Produktenbörse entwickelte sich ebenfalls lebhaftes...

Der Stand der Welt.

Table with 3 columns: Item, 1914, 1915. Includes wheat, flour, and other commodities.

Warenmärkte.

Mittagsbörse. (Antisch.) Preise für 50 Kilo ab Station: Weizen...

Heu und Stroh.

Drahtgepreßtes Roggen-, Weizen- und Haferstroh und Roggenlangstroh...

Schlussdienst.

Giulio Forza nach Rom beordert. Paris, 3. November. Der italienische Botschafter...

Die Türkische Republik.

Konstantinopel, 3. Novbr. Wie Neuter meldet, hat die Nationalversammlung von Angora am 1. November...

Enteuerungsprotest gegen die türkischen Erntepausenhebungen in Braxien.

Konstantinopel, 3. November. England und Frankreich haben Protest gegen die Enteuerungen der...

Neuwahlen in den Vereinigten Staaten.

Washington, 3. November. Die Wahlen für die Erneuerung der Mitglieder des Repräsentantenhauses...

Zeitungsbestellgeld und Fernspreckgebühren.

Berlin, 3. November. Im Reichstagsausschuss für Postangelegenheiten wurde nach Annahme der...

7 1/2 Millionen Einwohner in Groß-London.

Die neuesten veröffentlichten amtlichen Ziffern von der Volkszählung...

7 Menschen verbrannt.

Ein verheerender Mühlenbrand in der Pfalz. Einem verheerenden Großfeuer ist in der Freitag nacht die Mühle...

Ein schickliches Schloß niedergebrannt.

In derselben Nacht brannte in Gröbby bei Weisenberg i. Sa. das der Frau General v. Krauß gehörige...

Fabrikbrand bei Remscheid.

Ein dritter Brand in der Freitagnacht vernichtete in Wermelskirchen bei Remscheid in der Eisenblechwaren-Fabrik...

Votales.

Gedenktafel für den 5. November. 1414 Eröffnung des Konzils zu Konstanz - 1494 Der Töchter...

Reichsarmee - 1913 Kronbesetzung Königs Ludwigs III. von Bayern - 1914 Kriegserklärungen Englands und Frankreichs...

Eine vierste Serie von 1000 Mark-Scheinen. Von den Reichsbanknoten zu 1000 Mark mit dem Datum vom 15. September 1922 wird...

Scherz und Ernst.

Dann hätte sie keinen Nechtsanwalt braucht. Ein Rechtsanwalt erzählt einen nebligen Scherz: Zu mir kommt in die...

Tagesszeit und Motorenleistung. Es ist eine durch die Erfahrung bekämpfte Tatsache, daß die Motoren...

Napoleons Kapitulation vor einem Hund.

Josephine in Begesessenheit geratene Einzelheiten von dem Hochzeitstag Napoleons und der Josephine Beauharnais...

Conan Doyle und sein Helfer.

Conan Doyle und sein Helfer. In England wegen seiner affektvollen Meinungen bekannte Vikar...

**Trauringe, Uhren
Gold- und Silberwaren**
in größter Auswahl
zu billigen Preisen.



Hermann Rogan,
Gold- und Silberschmied.
Eigene Werkstatt.
Cassel, Bahnhofstraße 14.

Verloren!
Kleintiererin

verlor am Dienstag, 31. Oktober,
nachm., auf Bahnhof Molsfeld
eine schwarze Tasche mit etwa
800 Mk. Inhalt.
Der ehrliche Finder wird her-
lichst gebeten, seine Adresse in der
Geschäftsstelle d. H. anzugeben.
Gute Belohnung wird zugesichert.

Weiche mit
Henko
die
Wäsche
ein!

Henko, Henkel's
Wasch- und Bleich-Soda;
altbewährt für Wäsche
und Hausputz.

Aloinige Hersteller:
HENKEL & CIE.,
DÜSSELDORF.

Offene Beine

Krampfaderleiden,
Geschwüre, Salztuf, Flech-
ten usw. behand. ohne Oper-
ation u. ohne Berufsstörung

Habermann,
Heilpraktik f. Weineiden
Cassel, Weihenburgerstr. 5
Gefe Hohenzollerstraße
Sprechst. 9-1 und 8-6
Sonntags 10-1
20jähr. Erfahrung.
Glänzende Dauererfolge.



Ueberall erhältlich.

Ueberall erhältlich.

Neue und gebrauchte
**Oefen, Herde
Kessel**
empfiehlt
Richard Mohr



**Bestempfohlenes
Uhren- und Goldwaren-
Geschäft**
WILHELM KEIM
UHRMACHER
Leistungsfähige Werkstatt
Ankauf von Gold und Silber

Mädchen

für alle Hausarbeiten nach Berlin gesucht. Meldungen bei
Hugo Munzer
Buchdruckerei.

Geschlechtsleidende!

Behandlung ohne Quecksilber, ohne giftige Ein-
spritzung, ohne Berufsstörung, aufklar, Brustkreuz
m. tanz, freiwill. Dankeschreiben, aber 1) Har-
drüsenleiden (Austub), 2) Syphilis, 3) Mannes-
schwäche, 4) Weiblich. Kostenlos in verschloss.
Briefumschlag ohne Aufdruck, gegen Rück-
sendung von Mk. 18.- für Porto etc. etc.
Leiden genau angeben!
Dr. m. d. H. S e e m a n n, G. m. b. H.
Sommerfeld N.-L.

Frauen-Qual.

Jetzt wird
Ihnen geholfen

bei Störungen u. Stockungen ver-
wenden sie meine Spezialmittel!
1000de Erfolge,
vielfach in einigen Stunden, oder
nächsten Tage, schmerzlos, ohne
Berufsstörung, unschädlich, mit
Garantie-Schein
Teilen Sie mir mit, wie lange Sie
klagen. Diskreter Versand.
Fr. Mertens, Dortmund
Schwanenwall Nr. 13

Zahn-Praxis
Paula Nienhaus
Wasthaus
„Stadt Frankfurt“
Sprechstunden:
Täglich von 8-6 Uhr
Sonntags v. 9-11 Uhr

Die
Buchdruckerei
Hugo Munzer • Spangenberg
empfiehlt sich zur Anfertigung aller Arten von
Drucksachen

als: Formulare aller Art, Rechnungen,
Briefbogen und Briefumschläge, Post-
karten, Mitteilungen, Quittungen, Zirkul-
lare, Preislisten, Aviskarten, Programme,
Mitgliedskarten, Statuten, Diplome, Pla-
kate, Einladungskarten, Verlobungs- und
Vermählungskarten, Visitenkarten usw.

Geschmackvolle Ausstattung . . . Schnellste Lieferung

Ämtlicher Teil.

Die Verfütterung von Brotgetreide
und Mehl aus Brotgetreide sowie die Vereitung von
Futtermitteln daraus sind verboten. (Siehe Nr. 246 des
Mels. Tagebl. v. 19. 10. 22.)
Spangenberg, den 21. Oktober 1922.
Die Polizeiverwaltung
Schier.

Berühren der elektrischen Leitungen
mit Lebensgefahr verbunden.
Polizei-Verwaltung.

Milchversorgung.
Die Milchversorgung der Säuglinge und Kranken der
Stadt ist äußerst gefährdet. Es ist nicht einmal möglich,
die adernotwendigsten Mengen Milch aufzutreiben. Die
Folgen sind unvorstellbar. Die Milchzeuger, die sich der
Pflicht gegenüber ihren Mitmenschen entziehen, haben eine
fürchtbare Verantwortung auf sich.
An die Milchzeuger ergeht hierdurch die dringende
Aufforderung, die Versorgung der Säuglinge und Kranken

sicherzustellen. Insbesondere wird aber auch an den
Bauernbund die Bitte gerichtet, eine Lösung der brennen-
den Frage herbeizuführen.
Spangenberg, den 30. Oktober 1922.
Der Bürgermeister,
Schier.

Ausgabe der Brotkarten
Montag, den 6. November, vormittags 9 Uhr im
Ratsstellers.
Die Karten werden nur an Angehörige des betreffen-
den Haushalts ausgehändigt.
Spangenberg, den 3. November 1922.
Der Bürgermeister,
Schier

Sprechtag für Kriegsbeschädigte usw.
Der Versorgungssprechtag für den Monat November
für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen
fällt aus.
Melsungen, den 23. Oktober 1922.
Ämtliche Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegs-
hinterbliebene für den Kreis Melsungen.

Als Verlobte grüßen:
Magdalena Schneider
Albert Westerburg
Staatlicher Forstreferendar
Forsthaus Lammberg, d. 4. November 1922

Wie schlau



habe ich das fertig gebracht, daß ich mir heute schon
meine Weihnachtsgeschenke in **Friedmann's Uhren-
handlung** besorgt habe. Ganz erstaunt war ich
über die vorteilhaften Preise, die ich dort noch ge-
funden habe.

Uhren und Schmuckwaren
für Herren und Damen
Praktische Geschenke aller Art!
sowie reiche Auswahl in
Lederwaren
Trauringe, Brillen
Friedmann's
Uhrenhandlung und Reparaturwerkstatt

Gelegenheitskauf.

Rucksäcke, Marktaschen, Akten-
taschen, Geldscheintaschen
Gummibälle
Richard Mohr.

Kirchliche Nachrichten.
Sonntag den 5. November 1922.
21. Sonntag nach Trinitatis
Reformationsfest.
Gottesdienst in:
Spangenberg:
Vormittags 10 Uhr: Pfarrer Schönemald.
Elbersdorf:
Vormittags 10 Uhr: Segelottesdienst.
Schnellrode:
Nachmittags 1 Uhr: Pfarrer Schönemald.

Steuerabzug vom Arbeitslohn.
Es wird zur Behebung von Zweifeln darauf hinge-
wiesen, daß für die Berechnung des Steuerabzugs vom
Arbeitslohn bzw. der zulässigen Ermäßigungen der bei der
vorjährigen Personenaufnahme vom 10. Oktober
1921 festgestellte Familienstand der Arbeitnehmer bis zum
31. Dezember 1922 maßgebend bleibt. Der bei der dies-
jährigen Personenaufnahme festgestellte Familien-
stand ist erst für den Steuerabzug im Kalenderjahr 1923
maßgebend. Änderungen auf den Steuerbilchern kommen
also nicht in Frage.
Finanzamt Melsungen.

**Rechnungen für Stadt- und Gesamtschul-
verband.**
Die Zulassung zu Lieferungen oder sonstigen Leist-
ungen für Stadt und Gesamtschulverband ist u. a. an
folgende Bedingung geknüpft:
Die Rechnung ist innerhalb einer Woche nach Aus-
führung der Lieferung usw. einzurichten. Wer sie
später vorlegt, hat keinen Anspruch darauf, daß die Rechnung
vor Ablauf eines Vierteljahres, vom Tage nach der Ein-
reichung an gerechnet, beglichen wird.
Spangenberg, den 31. Oktober 1922
Der Bürgermeister und Schulverbandsvorsitzer
Schier